

# **Verdi-Streik: U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse fahren nicht**

BERLIN – Seit 3.30 Uhr heute früh herrscht Chaos in der Hauptstadt. Grund: Die Gewerkschaft Verdi hat die 14.500 Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zum Streik aufgerufen. Mehrere Hunderttausend Berliner und Pendler aus Brandenburg sind davon betroffen.

Bestreikt werden U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse (wenige Ausnahmen gibt es bei Linien am Stadtrand). Nicht betroffen ist die S-Bahn, da die zur Deutschen Bahn gehört.

Der Streik ist befristet bis 12 Uhr heute Mittag, bis sich die Lage normalisiert hat, wird es vermutlich weitere Stunden dauern.

Die Berliner Unternehmerverbände warnen vor „ernormen Schäden bei Unternehmen“.

---

**Landesbischof Dröge: AfD ist als Partei nicht unser**

# Gesprächspartner

BERLIN – Markus Dröge, Berliner Landesbischof der evangelischen Kirche, lehnt Gespräche mit der rechtskonservativen AfD ab „so lange die Abgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus nicht erfolgt ist“. Das sagte Dröge in einem Interview mit dem *Domradio*.

Dass es beim Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund keine AfD-Mitglieder oder -Politiker auf Podien geben wird, hält der Landesbischof allerdings „für sachlich problematisch“. Man müsse immer „den Einzelnen anschauen“. Ein prinzipieller Ausschluss der AfD nütze der Partei, „weil sie sich dann wieder als Opfer darstellen kann“.

Dröge verwies darauf, dass die EKD „bis vor ungefähr einem Jahr keine offiziellen Gespräche mit Vertretern der Linkspartei geführt“ habe. Grund sei, dass die SED-Nachfolgepartei „ihre Geschichte bezüglich des Umgangs mit Christen in der DDR noch nicht aufgearbeitet“ habe. Das habe man mehr als 25 Jahre durchgehalten: Gespräche mit Regierungsvertretern der Linken, aber nicht mit der Partei.

---

## Nach dem Selbstmord einer Elfjährigen: Erschreckende Hilflosigkeit überall

von KLAUS KELLE

REINICKENDORF – An einer Grundschule in Berlin hat vergangene

Woche eine Elfjährige einen Selbstmordversuch unternommen. Das Kind starb später im Krankenhaus. Grund sollen vorher massive körperliche und verbale Mobbingattacken von Mitschülern gewesen sein.

Nachdem die Tragödie bekannt wurde, lief alles wieder wie gewohnt. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) ist „sehr betroffen“ und verspricht eine „genaue Untersuchung“ – so, als wäre das nicht das Mindeste, was man von ihm erwarten müsste. Bildungssenatorin Sandra Scheeres (auch SPD) nimmt „die Vorwürfe sehr ernst“ und will den Fall „umfassend aufarbeiten“. Ja, und weiter? Ich kann dieses Politiker-Gelaber aus dem Handbuch nicht mehr hören. Jeder weiß, dass es auch in Zukunft solche Fälle wieder geben wird. Mobbing gibt es nicht nur an den Schulen, sondern es ist in dieser zunehmend verrohenden Gesellschaft an der Tagesordnung. Aber da, wo es um unsere Kinder geht, die sich alleine nicht effektiv wehren können, ist es eben schlimmer. Da muss der Staat den Schwachen konsequent zur Seite stehen.

In Presseberichten zum Fall wird Daniel Richter (39), Mitglied des Elternbeirates, zitiert. Auch sein Kind sei an der Schule verprügelt worden. Die Schule habe wenig getan, um ihnen zu helfen. Wörtlich: „Es wurde kleingehalten und totgeschwiegen. **Auf der Schule sind Schläge an der Tagesordnung.**“

Die Schulleitung verweist darauf, dass es doch alle sechs Wochen eine Polizeisprechstunde gebe und ab dem Sommer ein Präventionsprojekt zum Thema Mobbing. Wie schön, nur hilft das dem armen Kind nicht, das lieber sterben wollte, als weiter auf diese Schule zu gehen. Die Direktorin versprach jetzt allen Ernstes, einen „Trauerraum“ einrichten zu wollen. Hilflloser Aktivismus in Zeiten des Kontrollverlustes auch an manchen Schulen der Hauptstadt.

Alle haben es gewusst, viele haben es selbst erlitten – energisch eingeschritten ist keiner. Keiner steht diesen Kindern in ihrer Not zur Seite. Aber der Senat lässt

Broschüren an den Schulen verteilen, in denen die Eltern vor Kindern gewarnt werden, die höflich sind und Zöpfe tragen. Das könnten nämlich böse „rechte Eltern“ sein...

---

# **Regierender Bürgermeister würdigt erste parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden**

BERLIN – Zum Jahrestag der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung der Weimarer Republik hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), die Leistungen der Väter und Mütter der Weimarer Reichsverfassung gewürdigt und gleichzeitig davor gewarnt, auch in unserer Zeit nicht leichtfertig mit dem Privileg der Demokratie umzugehen. Müller wird auf Einladung des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke) am 6. Februar an einem Festakt aus Anlass des 100. Jahrestages der konstituierenden Sitzung der verfassungsgebenden Nationalversammlung im Deutschen Nationaltheater in Weimar teilnehmen.

Müller: „Die Geschichte der Weimarer Republik ist trotz ihres unglücklichen Scheiterns eine Erfolgsgeschichte. Es war die erste parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden. Mit der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung am 19. Januar 1919 wurde das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Deutschland etabliert. Besonders erinnert sei an das

Frauenwahlrecht, das sich vor hundert Jahren durchgesetzt hat. Zu den Müttern der Weimarer Reichsverfassung zählt auch Louise Schroeder, die später als erste Frau Oberbürgermeisterin des geteilten Berlin wurde. Auch wenn wir noch nicht am Ende des Weges angekommen sind, so bleiben doch die Fortschritte zu würdigen und zu verstetigen. Politik ist heute weiblicher geworden. Wir müssen aber weiter daran arbeiten.“

Gleichzeitig betonte Müller, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit seien, sondern täglich neu erkämpft werden müssten: „Freiheit und Demokratie müssen verteidigt und immer wieder von neuem errungen werden – in unserer Gegenwart einmal mehr gegen Gegner im Inneren, die sich die Möglichkeiten der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zunutze machen, um Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus zu verbreiten.

---

## **FDP fordert Untersuchung: Was steckt wirklich hinter der Entlassung von Hubertus Knabe?**

BERLIN – War die Entlassung von Hubertus Knabe als streitbarer Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen ein politisches Ränkespiel? Hat Kultursenator Klaus Lederer (Linke) zusammen mit Politikern anderer Parteien Strippen gezogen, um einen unbequemen Mann, der bis heute nicht nachlässt, die Verbrechen des SED-Regimes aufzuklären, loszuwerden?

Die FDP will einen Untersuchungsausschuss zu dem Vorgang im

Berliner Abgeordnetenhaus beantragen. In der *Berliner Morgenpost* wird FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja damit zitiert, bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts dürfe „keinerlei Anschein politischer Einflussnahme von führenden Vertretern der Linkspartei auf eine der bedeutendsten Einrichtungen“ zurückbleiben.

In der Berliner CDU erinnern sich noch viele Mitglieder an die Zeit der Teilung und die Machenschaften der StaSi und wollen den Vorgang nicht hinnehmen. Auf der anderen Seite sind CDU-Politiker aus Berlin und Brandenburg bei der Entscheidung, Knabe rauszuschmeißen, maßgeblich beteiligt gewesen, etwa Kulturstaatsministerin Monika Grütters, die Landesvorsitzende der Berliner CDU. Falls das Abgeordnetenhaus einen U-Ausschuss einsetzt, dürfte Grütters zu den ersten gehören, die dort vorgeladen wird.

---

## **Flughafen-Tegel meldet neuen Passagierrekord**

TEGEL – Der BER ist immer noch nicht in Betrieb und inzwischen zum Gespött in ganz Deutschland geworden. Doch der gute alte Flughafen Berlin-Tegel brummt wie nie zuvor. Mit 22 Millionen Fluggästen wurde im vergangenen Jahr ein neuer Rekord aufgestellt – rund 700.000 mehr als zwei Jahre zuvor im Rekordjahr 2016. Dazwischen gab es einen Rückgang, bedingt durch die Pleite der Air Berlin. Durch das hauptstädtische Engagement von Easyjet, Eurowings und anderen konnte die Lücke aber schnell mehr als gefüllt werden.

---

# **„Lauter, unverhohlener und aggressiver“ – Antisemitismus in Berlin**

BERLIN – Die Zahl antisemitischer Gewalttaten im vergangenen Jahr ist in Berlin stark angestiegen. Bis Mitte Dezember vergangenen Jahres seien in der offiziellen Statistik 24 solche Straftaten registrierte worden, berichtet die „Berliner Zeitung“ unter Berufung auf die neue Antisemitismusbeauftragte der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, Claudia Vanoni. Im Jahr zuvor waren es sieben Vorfälle.

Vanoni geht auch davon aus, dass die Zahl antisemitischer Straftaten insgesamt steigen werde. Bis Mitte Dezember waren 295 Delikte registriert worden. In Berlin werden bezogen auf die Einwohnerzahl danach die meisten antisemitischen Straftaten bezogen auf die Bevölkerungszahl verübt.

Vanonis: „Ich habe den Eindruck, Antisemitismus wird lauter, unverhohlener und aggressiver.“

---

**Das ist die große  
Silvesterparty am**

# Brandenburger Tor

BERLIN – „Welcome 2019“ heißt am Montag die größte Silvesterparty Deutschlands, zu der sich traditionell Hunderttausende Partybiester am Brandenburger Tor einfinden. Neu: Die Partymeile wird kürzer sein als in den Vorjahren. Abgesperrt ist nur die Zone vom Brandenburger Tor bis zum Kleinen Stern, der Kreuzung der Straße des 17. Juni mit der Bellevueallee.

Die Party beginnt um 14 Uhr und dauert bis drei Uhr am Neujahrsmorgen. Auf der großen Bühne gastieren u. a. DJ Bobo, Bonnie Tyler und der ehemalige Sänger von „Spandau Ballett“, Tony Hadley.

Erstaunlich: Wie die Berliner Morgenpost berichtet, wird es in diesem Jahr keine Sicherheitszone für Frauen geben, die sich sexuell belästigt fühlen. Im vergangenen Jahr hätten sich in der „Womens-Safety-Area“ des Roten Kreuzes nur vier Frauen eingefunden, um Hilfe zu erhalten.

---

## **AfD-Chef Pazderski protestiert gegen Jubiläumsfeier für die KPD im Abgeordnetenhaus**

BERLIN – Im Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses soll am 7. Januar eine Veranstaltung der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ stattfinden, auf der dem 100. Gründungstag der KPD gedacht werden soll. Berlins AfD-Chef Georg Pazderski hat kurz

vor Weihnachten in einem Brief an Parlamentspräsident Ralf Wieland scharf dagegen protestiert.

Darin gibt Pazderski seiner Sorge Ausdruck, dass die „kommunistischen Verbrechen relativiert“ werden sollen. Wörtlich:

*„Die KPD hat durch ihren Kampf gegen die Weimarer Demokratie und ihr anarchisches Verhalten zum Zusammenbruch der Weimarer Republik beigetragen und damit maßgeblich Vorschub zur Machtergreifung der NSDAP geleistet. Damit hat sie ganz wesentlich zu den zwölf dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte beigetragen.“*

Der AfD-Fraktionsvorsitzende erinnert in dem Schreiben an die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der ehemaligen DDR und schreibt weiter:

*„Es ist ein fatales Zeichen gegenüber den vielen Toten und unschuldigen Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft und ein Affront für unsere parlamentarische Demokratie, wenn unter dem Deckmantel einer sogenannten Gedenkfeier im Abgeordnetenhaus von Berlin von der Linken eine Jubiläumsfeier für eine verbrecherische Partei, die entscheidend zum Unglück Deutschlands und Europas im 20. Jahrhundert beigetragen hat, durchgeführt wird.“*

---

## Schüsse in Neukölln

NEUKÖLLN – Omar F. ist für die Polizei kein Unbekannter. Doch heute Morgen überschritt er alle Grenzen. Als die Polizei ihn wegen einer Ordnungswidrigkeit stoppen und überprüfen wollte, gab er Gas und fuhr einen der Beamten an. Sein Kollege zog seine Waffe und schoß auf das flüchtende Fahrzeug, das

trotzdem entkam. F. gehört zu einer libanesischen Großfamilie und ist wegen Körperverletzung, Raub und Fahrens ohne Führerschein aktenkundig. Die Fahndung läuft.